

I Erläuterungen

Voraussetzungen gemäß KCGO und Abiturerlass in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung

Standardbezug

Die nachfolgend genannten Kompetenzbereiche und Einzelstandards sind für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsam.

Analysekompetenz

- den Untersuchungsgegenstand differenziert wahrnehmen und fachsprachlich korrekt beschreiben (A1)
- Interessen und Macht relevanter Akteure einschätzen (A4)

Urteilskompetenz

- konkurrierende politische und ökonomische Lösungsansätze und ihre Instrumente erläutern (U1)
- eigene Entscheidungen argumentativ begründen (U5)

Darüber hinaus können weitere, hier nicht explizit benannte Einzelstandards für die Bearbeitung der Aufgabe nachrangig bedeutsam sein, zumal die Kompetenzbereiche in engem Bezug zueinander stehen. Die Operationalisierung des Standardbezugs erfolgt in Abschnitt II.

Inhaltlicher Bezug

Die Aufgabe bezieht sich auf das Themenfeld *Konjunkturanalyse und Konjunkturpolitik – Herausforderungen prozessorientierter Wirtschaftspolitik* (Q2.1), insbesondere auf das Stichwort *Grundlagen der keynesianischen stabilisierungspolitischen Konzeption (insbesondere Krisenanalyse, Bedeutung der effektiven Gesamtnachfrage, Rolle des Staates, Multiplikatoreffekt)*. Zudem bezieht sie sich auf das Themenfeld *Nachhaltiges Wachstum und fairer Wettbewerb – Herausforderungen wirtschaftlicher Ordnungspolitik* (Q2.2), insbesondere auf die Stichworte *Grundlagen der neoklassischen Konzeption (Einflussfaktoren auf das Wirtschaftswachstum), wirtschaftspolitische Gestaltung von Angebotsbedingungen sowie Ziele und Prinzipien angebotsorientierter Wirtschaftspolitik*.

Der inhaltlich kursübergreifende Bezug richtet sich auf das Themenfeld *Herausforderungen der Parteidemokratie* (Q1.2), insbesondere auf das Stichwort *Nationale Wahlen und Wahl des Europaparlaments im Zusammenhang mit entsprechenden Parteiensystemen, Bildung der jeweiligen Exekutive*.

II Lösungshinweise

In den nachfolgenden Lösungshinweisen sind alle wesentlichen Gesichtspunkte, die bei der Bearbeitung der einzelnen Aufgaben zu berücksichtigen sind, konkret genannt und diejenigen Lösungswege aufgezeigt, welche die Prüflinge erfahrungsgemäß einschlagen werden. Lösungswege, die von den vorgegebenen abweichen, aber als gleichwertig betrachtet werden können, sind ebenso zu akzeptieren.

Aufgabe 1

In einer Einleitung sollen Autor, Titel, Textsorte, Erscheinungsjahr, das Thema und ggf. der Adressat genannt werden: Im Kommentar „Wie sehen die wirtschaftspolitischen Perspektiven nach der Wahl aus?“, verfasst von Andreas Freytag und in der Wirtschaftswoche vom 10.09.2021 veröffentlicht, bezeichnet der Autor die Wirtschaftspolitik als zentrales Handlungsfeld, um zukünftige Herausforderungen wie den Klimawandel, Migrationen, die demografische Entwicklung sowie die Finanzierung der Sozialpolitik und der öffentlichen Haushalte zu bewältigen.

- Die Wirtschaftspolitik müsse einen funktionierenden Wettbewerb in den Fokus nehmen und mögliches Marktversagen durch Monopolbildungen verhindern.

- Von der richtigen Wirtschaftspolitik hänge die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Höhe der Steuereinnahmen und die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung ab.
- Nach Ansicht des Autors versage der Staat bzw. die Regierung regelmäßig bei der Regulierung von Märkten.
- Bei der Betrachtung der wirtschaftspolitischen Perspektiven nach der Bundestagswahl falle auf, dass allein die FDP zur marktwirtschaftlichen Ordnung stehe. Sie sei für mehr Freiheit, geringere Steuerbelastung, den Abbau der Bürokratie und eine effiziente und effektive Klimapolitik. Bei letzterer solle der Staat nur Grenzwerte vorgeben, die Zielerreichung überlasse er den Unternehmen.
- Die CDU dagegen traue den Unternehmen zu wenig Innovationspotential zu und setze auf die Vorgabe von Technologien z.B. in der Klimapolitik. Ihre Absage an Steuererhöhungen bewertet der Autor jedoch positiv wie auch die Absage an eine Schuldenunion in der Europapolitik.
- Die SPD sehe den Staat als „strategischen Investor“, der Technologien fördere. Diese seien dann allerdings entweder bereits entwickelt oder schon im Niedergang. Für diese Art von Politik müssten dann die Steuern für Leistungsträger erhöht und die Schuldenbremse abgeschafft werden. Eine gemeinsame Verschuldung in Europa wäre die Folge, was auch Frankreich fordere, aber fatale Folgen habe. Zudem wolle die Partei den Mindestlohn erhöhen und über eine nachhaltige Rentenpolitik denke die SPD nicht nach.
- Der Autor sieht die größeren Schnittmengen zwischen SPD und den Grünen. Im Hinblick auf das Verhältnis zur Wirtschaft seien die Grünen aber ambivalent: Einerseits als Partner beim Klimaschutz und andererseits als Partei, die Technologien vorschreibe und verbiete. Damit werde alles dem Klimaschutz untergeordnet, ohne auf Effizienz und Effektivität der Maßnahmen zu achten.
- Ausgehend von den Wahlprogrammen seien dies laut Autor keine guten Aussichten. Weder mehr Freiheit, noch Bürokratieabbau oder eine sinnvolle Klimapolitik seien erkennbar, stattdessen Wahlgeschenke, die die Leistungsträger bezahlen müssten.

Aufgabe 2

Die im Text vorgestellten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Parteien sowie des Autors sollen den Konzeptionen der nachfrageorientierten oder angebotsorientierten Wirtschaftstheorie zugeordnet werden. Dazu können diese zu Beginn kurz dargestellt werden:

Eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik setzt auf liberale Märkte, verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Angebotsseite wie Senkung der Steuer- und Abgabelast für Unternehmen und die Reduzierung der Staatsausgaben. Der Staat hat die Aufgabe Monopolbildungen zu verhindern und mit ordnungspolitischen Maßnahmen den wirtschaftlichen Wettbewerb zu gewährleisten. Durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen soll ein langfristiges, stabiles Wirtschaftswachstum erreicht werden.

Eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik setzt auf einen aktiven Staat, der versucht, Konjunkturschwankungen und deren negative Begleiterscheinungen zu verhindern und ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht zu erreichen. Staatsverschuldung wird in Kauf genommen (deficit spending), um in Phasen des konjunkturellen Abschwungs das Sinken der Nachfrage abzuschwächen bzw. als Ersatznachfrager einzuspringen. Dies kann durch staatliche Investitionen in die Infrastruktur, durch Subventionsmaßnahmen sowie Steuersenkungen für Verbraucher oder eine Erhöhung von Transferleistungen erfolgen. Während des Aufschwungs soll der Staat seine Aktivitäten einschränken und die in der Krise aufgenommenen Schulden zurückzahlen.

Die wirtschaftspolitische Zielsetzung der FDP lässt sich der Angebotstheorie zuordnen:

- Sie bekenne sich klar zur marktwirtschaftlichen Ordnung, sei für mehr Freiheit, geringere Steuerbelastung, Abbau der Bürokratie und eine effizientere und effektivere Klimapolitik. Der Staat solle dafür nur Rahmenbedingungen wie z.B. Grenzwerte vorgeben.

Die wirtschaftspolitische Zielsetzung der SPD lässt sich der Nachfragetheorie zuordnen:

- Der Staat solle als ein „strategischer Investor“ agieren, z.B. in der Technologieförderung. Geplant seien eine Erhöhung des Mindestlohns und zumindest eine Abmilderung der Schuldenbremse. Die Steuern für die Leistungsträger sollen weiter erhöht sowie eine Vermögensteuer und eine effektivere Erbschaftsteuer eingeführt werden. In der Europapolitik werde für die gemeinsame Verschuldung geworben.

Die wirtschaftspolitische Zielsetzung der CDU lässt sich teilweise der Nachfragetheorie und teilweise der Angebotstheorie zuordnen:

- Technologien sollen vorgegeben werden, insbesondere mit Blick auf das Klima. (Nachfragetheorie)
- Sie plane keine Steuererhöhungen und in der Europapolitik habe sie sich gegen eine Schuldenunion aufgestellt. (Angebotstheorie)

Die wirtschaftspolitische Zielsetzung der Grünen lässt sich überwiegend der Nachfragetheorie zuordnen:

- Sie wollen die Steuern erhöhen und die Schuldenbremse abschwächen, präferieren in der Europapolitik die Gemeinschaftshaftung und Technologien zum Klimaschutz sollen vorgeschrieben beziehungsweise untersagt werden. Dem Klimaschutz werde fast alles untergeordnet ohne dies auf Effektivität und Effizienz auszurichten, es soll ein Klimaministerium mit Vetorecht geben. (Nachfragetheorie)
- Die Wirtschaft werde als wichtiger Partner gerade beim Klimaschutz angesehen. (Angebotstheorie)

Die Position des Autors selbst ist der Angebotstheorie zuzuordnen. Zu erkennen ist dies z.B. an folgenden Aussagen im Text:

- Der Staat müsse sich auf die Regelsetzung beschränken, die Freiheiten der Wirtschaft und den Bürokratieabbau ernsthaft angehen.
- Zunächst müssten Arbeitsplätze geschaffen werden. Erst mit dem finanziellen Spielraum seien Klimaziele, der Zustrom der Migrantinnen und Migranten und der demografische Wandel zu bewältigen.
- Monopolstellungen von Unternehmen seien Fehlregulierungen des Staates und kein Marktversagen.
- Geldpolitik sei für Preisniveaustabilität und nicht für Industriepolitik und Klimaschutz zuständig.
- Die FDP sei die einzige Partei, die eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen Staat und Unternehmen vorsehe und so die positiven Wirkungen des Marktes nicht beschränken möchte.
- Die anderen Parteien würden sich anmaßen, eine Industriestruktur vorgeben zu können (CDU), Technologien falsch zu fördern (Grüne und SPD) und im Nachgang dann das Geld dafür von den Leistungsträgern zu nehmen (SPD).
- Der Autor äußert sich kritisch gegenüber den Plänen, die Schuldenbremse aufzuweichen und eine Vereinheitlichung der Schulden innerhalb der EU anzustreben.

Aufgabe 3

Das Wahlsystem zum Deutschen Bundestag stellt eine personalisierte Verhältniswahl dar.

Dabei werden mit der Erststimme die Direktkandidaten aus den Wahlkreisen per Mehrheitswahl gewählt. Mit der Zweitstimme werden Parteien gewählt und per Verhältniswahl die Sitze der Parteien im Bundestag anteilmäßig vergeben. Sitze aus der Zweitstimme werden nach Abzug der direkt gewählten Abgeordneten mit Kandidaten der Landesliste der Parteien besetzt.

Als Auswirkungen des Wahlsystems zum Deutschen Bundestag auf die Bildung von Parlament und Bundesregierung soll auf folgende Aspekte näher eingegangen werden:

- In Material 2 ist zu sehen, dass in den neuen Bundestag 735 Abgeordnete eingezogen sind. Die eigentliche Summe von 598 Abgeordneten aus 299 Wahlkreise wurde durch Überhang- und Ausgleichsmandate übertroffen.

- Überhangmandate entstehen dadurch, dass alle direkt gewählten Direktkandidatinnen und Direktkandidaten in den Bundestag einziehen und damit jeder Wahlkreis im Parlament vertreten ist. Hat eine Partei mehr Direktmandate über die Erststimme gewonnen, als ihr nach Zweitstimmen zustehen, kommt es zu Überhangmandaten.
- Um die prozentualen Verhältnisse nach Zweitstimmenanteil wiederherzustellen, werden die Überhangmandate durch Ausgleichsmandate an die anderen Parteien wieder ausgeglichen. So kommt es zu einem Anwachsen der gesamten Abgeordnetenanzahl im Bundestag. Durch einen Gesetzesvorschlag zur Wahlrechtsreform der Regierungskoalition soll dies begrenzt werden.
- Werden Direktmandate in mindestens drei Wahlkreisen gewonnen, zieht eine Partei auch dann in den Bundestag ein, wenn sie die Fünf-Prozent-Hürde der Zweitstimmen nicht erreicht hat. Dies ist bei der Partei Die Linke der Fall (4,9%).
- Die Abgeordneten einer Partei bilden eine Fraktion. Im neu gewählten Bundestag sind sechs Fraktionen vertreten (SPD, CDU/CSU, Grüne, FDP, AfD, Linke). Keine der Fraktionen besitzt die absolute Mehrheit an Sitzen im Parlament.
- Eine Besonderheit stellt der einzelne Sitz des Abgeordneten des Südschleswigischen Wählerverbands (SSW) dar. Die Partei der dänischen und friesischen Minderheit ist erstmals seit rund 70 Jahren wieder im Bundestag vertreten.
- Die Kanzlerwahl und zukünftige Regierungsbildung erfolgt mit der Mehrheit der Stimmen im Parlament. In Material 2 ist zu erkennen, dass dazu eine Koalition aus zwei oder mehr Fraktionen gebildet werden muss. Nach der Wahl 2021 wurde die „Ampelkoalition“ aus SPD, Grüne und FDP gebildet.
- Die Besetzung der Ministerämter der Bundesregierung wurde unter den Parteien dieser Regierungskoalition verhandelt.
- Die Fraktionen in der Minderheit, also CDU/CSU, AfD und Linke, bilden die Opposition und kontrollieren die Regierung (Anfragen, Anhörungen, Untersuchungsausschüsse, öffentliche Debatten usw.).

Aufgabe 4

Bei der Bewertung der Rolle des Staates in der Wirtschaft im Hinblick auf die Lösung besonderer Herausforderungen wie die der Corona-Pandemie oder des Russland-Ukraine-Krieges kann unter Berücksichtigung von Material 1 auf die inhaltliche Kontroversität der nachfrageorientierten sowie der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik (siehe Aufgabe 2) eingegangen werden. Folgende Überlegungen können in eine Bewertung einfließen:

- Die durch die Pandemie eingetretenen wirtschaftlichen Einbußen erfordern weiterhin staatliche finanzielle Mittel, um die Konjunktur wieder anzuregen, Arbeitsplätze zu sichern oder neu zu schaffen sowie die Lasten der Pandemie sozialverträglich zu bewältigen.
- Auch notwendige Investitionen in den Bereichen Digitalisierung und Klimaschutz müssen staatlich gefördert werden, damit sie auch in einer konjunkturell schwierigen Phase angestoßen werden können.
- Problematisch könnte jedoch die aktive Rolle des Staates werden, wenn es darum geht notwendige Mehrausgaben zu beschließen, ohne eine bestimmte Technologie einseitig zu fördern und damit andere auszuschließen.
- Eine Fortführung der aktiven Rolle des Staates zur Pandemiebekämpfung kann zur weiteren Erhöhung der Staatsverschuldung führen und damit zukünftige Generationen belasten, indem Steuererhöhungen oder Sozialkürzungen drohen.
- Marktorientierte Lösungen könnten insofern notwendig und sinnvoller sein, weil jede staatliche Mehrausgabe und Staatsverschuldung zu Spannungen um die Verteilung der Lasten zwischen den Parteien und gesellschaftlichen Gruppen führen können.
- Die finanziellen staatlichen Unterstützungen könnten nicht zielführend umgesetzt werden und möglicherweise Fehlanreize für unrentable Wirtschaftszweige bieten.
- Es besteht das Dilemma, dass einerseits notwendige staatliche Hilfen nur unter hohen bürokratischen Hürden bzw. nicht rechtzeitig ausgezahlt werden, um Insolvenzen von Unternehmen zu verhindern. Andererseits sind aber auch Fälle von skrupellosem Missbrauch staatlicher Gelder bekannt geworden, wenn Hilfen weniger reguliert genehmigt wurden.

- Darüber hinaus hat der im Frühjahr 2022 begonnene Krieg in der Ukraine die Wirtschaftspolitik vor zusätzliche Herausforderungen gestellt; z.B. sind von den Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland durch unterbrochene Lieferketten oder Handelsbeziehungen auch deutsche Unternehmen bestimmter Branchen tangiert worden.
- Durch die gestiegenen Energiepreise und anziehende Inflation hat die Regierung zusätzlich Hilfspakete für die Entlastung von Unternehmen und Haushalten auf den Weg gebracht, die den Staats-
etat belasten.
- Das aktive Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsgeschehen soll einer wirtschaftlichen Rezession vorbeugen und gleichzeitig sozialen Verwerfungen (gestiegene Energiekosten und Verbraucherpreise) entgegenwirken.
- Jedoch kann durch diese zusätzlichen Ausgaben die gesetzliche Schuldenbremse möglicherweise wiederholt nicht eingehalten werden.

Die Bewertung soll zu einer mit eigenen Maßstäben begründeten Einschätzung führen.

III Bewertung und Beurteilung

Die Bewertung und Beurteilung erfolgt unter Beachtung der nachfolgenden Vorgaben nach § 33 der Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) in der jeweils geltenden Fassung. Bei der Bewertung und Beurteilung der sprachlichen Richtigkeit in der deutschen Sprache sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 12 Satz 3 OAVO in Verbindung mit Anlage 9b anzuwenden.

Bei der Bewertung und Beurteilung der Übersetzungsleistung in den Fächern Latein und Altgriechisch sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 14 OAVO in Verbindung mit Anlage 9c anzuwenden.

Der Fehlerindex ist nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO zu berechnen. Für die Ermittlung der Punkte nach Anlage 9a zu § 9 Abs. 12 OAVO sowie Anlage 9c zu § 9 Abs. 14 OAVO wird jeweils der ganzzahlige nicht gerundete Prozentsatz bzw. Fehlerindex zugrunde gelegt.

Für die Bewertung in den modernen Fremdsprachen ist der „Erlass zur Bewertung und Beurteilung von schriftlichen Arbeiten in allen Grund- und Leistungskursen der neu beginnenden und fortgeführten modernen Fremdsprachen in der gymnasialen Oberstufe, dem beruflichen Gymnasium, dem Abendgymnasium und dem Hessenkolleg“ vom 7. August 2020 (ABl. S. 519) zugrunde zu legen. Demnach erfolgt die Bewertung und Beurteilung mit der Maßgabe, dass lediglich bei der Ermittlung des Prüfungsergebnisses (Note) aus Prüfungsteil 1 und 2 gerundet wird.

Darüber hinaus sind die Vorgaben der Erlasse „Hinweise zur Vorbereitung auf die schriftlichen Abiturprüfungen (Abiturerlass)“ und „Durchführungsbestimmungen zum Landesabitur“ in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung zu beachten.

Als Kriterien für die Bewertung und Beurteilung dienen unter Beachtung der Zielsetzung der gymnasialen Oberstufe nach § 1 Abs. 2 OAVO neben dem Inhaltlichen auch die in den Kerncurricula genannten überfachlichen Kompetenzen, insbesondere die Sprachkompetenz und Wissenschaftspropädeutik; dies zeigt sich u.a. in qualitativen Merkmalen wie Strukturierung, Differenziertheit, (fach-)sprachlicher Gestaltung und Schlüssigkeit der Argumentation.

Eine Leistung ist mit **„ausreichend“ (5 Punkten)** zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen grundsätzlich nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text in Grundzügen zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- die im Text vorgestellten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Parteien sowie die Positionierung des Autors ansatzweise korrekt der Angebots- und Nachfragetheorie zugeordnet werden,

Aufgabe 3

- unter Berücksichtigung von Material 2 das Wahlsystem zum Deutschen Bundestag sowie der Einfluss dieses Wahlsystems auf die Zusammensetzung des Parlaments und die Bildung der Bundesregierung in Grundzügen erklärt werden,

Aufgabe 4

- ökonomische Lösungsstrategien des Staates zur Überwindung besonderer Herausforderungen wie die der Corona-Pandemie oder des Russland-Ukraine-Krieges in Ansätzen bewertet werden.

Eine Leistung ist mit **„gut“ (11 Punkten)** zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen weitgehend nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text strukturiert zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- die im Text vorgestellten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Parteien sowie die Positionierung des Autors ausführlich und korrekt der Angebots- und Nachfragetheorie zugeordnet werden,

Aufgabe 3

- unter Berücksichtigung von Material 2 das Wahlsystem zum Deutschen Bundestag sowie der Einfluss dieses Wahlsystems auf die Zusammensetzung des Parlaments und die Bildung der Bundesregierung differenziert erklärt werden,

Aufgabe 4

- ökonomische Lösungsstrategien des Staates zur Überwindung besonderer Herausforderungen wie die der Corona-Pandemie oder des Russland-Ukraine-Krieges differenziert aufgezeigt und verständlich bewertet werden.

Gewichtung der Aufgaben und Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen

Aufgabe	Bewertungseinheiten in den Anforderungsbereichen			Summe
	AFB I	AFB II	AFB III	
1	20			20
2	5	25		30
3	5	15		20
4		5	25	30
Summe	30	45	25	100

Die auf die Anforderungsbereiche verteilten Bewertungseinheiten innerhalb der Aufgaben sind als Richtwerte zu verstehen.